

Frau
Ministerin Bettina Stark-Watzinger
im Bundesministerium für
Bildung und Forschung
Kapelle-Ufer 1
10117 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Stark-Watzinger,

im Gesundheitswesen zählt die Vermeidung von Abhängigkeitserkrankungen und die Reduktion der mit Erkrankungen verbundenen Folgen zu zentralen Aufgaben einer umfassenden Suchtpolitik. Dabei ist der problematische Konsum von Suchtmitteln und Nutzung von Angeboten mit Abhängigkeitspotenzial kein Randphänomen der Gesellschaft: Abhängigkeit zählt zu den häufigsten Ursachen der Behandlung im Bereich der psychischen Erkrankungen.

Um in der Politik erfolgreiche Maßnahmen ergreifen zu können, braucht es gesicherte Erkenntnisse einer gut aufgestellten und gut ausgestatteten Forschung in Deutschland. Die bestmögliche Wissensbasis über die Entstehung und Vorbeugung von Problemen und Suchterkrankungen sowie Wirksamkeit in der Beratung, Begleitung und Behandlung von Betroffenen und ihren Angehörigen ist Grundlage einer zeitgemäßen Gesundheitspolitik.

Durch gesellschaftliche Veränderungen aber auch Entwicklungen im Bereich der Konsummuster und bei Konsumierenden steht die Politik laufend vor der Herausforderung, Antworten auf diese Entwicklungen zu geben. Dabei fehlt es für ein wissenschaftliches Vorgehen oftmals an aktuellen und soliden Erkenntnissen, wenn Phänomene noch nicht ausreichend untersucht worden sind.

Aktuell können einige Beispiele hervorgehoben werden, um zu veranschaulichen, wo große Lücken zwischen der Erkenntnislage und politischem Handlungsdruck bestehen:

- Die Digitalisierung hat längst in allen Lebensbereichen Einzug gehalten und eine rasante Entwicklung neuer Angebote eröffnet fortlaufend neue Risiken und Chancen für Nutzerinnen und Nutzer. In der Prävention sowie in der Behandlung, Beratung und Begleitung von Suchterkrankungen bietet die Digitalisierung neue Möglichkeiten, beispielsweise in der Erreichung von Betroffenen oder der Aufrechterhaltung von Behandlungserfolgen. Wir wissen allerdings immer noch zu wenig, welche Interventionen wie wirken und wie sie in bestehende Angebote und Strukturen eingebunden werden könnten.
- Sorge bereiten Entwicklungen im Bereich des Konsums illegaler Drogen und neue Erkrankungsformen im Bereich von Verhaltenssuchten stellen Herausforderungen für Forschung und Hilfesystem dar. Zunehmend wird bei schwer abhängigen Menschen ein polyvalenter Konsum beobachtet. Seltener als noch vor zehn Jahren kommen Menschen mit einer Abhängigkeit in die Hilfesysteme, die nur aufgrund einer einzelnen Substanz Probleme haben. Hinzukommen neue Entwicklungen, wie die Ausbreitung von Crack, Neuen Psychoaktiven Substanzen und neuen Erkrankungsformen wie den Internetgebrauchsstörungen. Wir benötigen gezielte Forschung im Bereich der Therapie und Hilfen, um die Behandlung, Beratung und Begleitung von Betroffenen stets auf die bestmögliche wissenschaftliche Basis stellen zu können.

- Hinsichtlich der veränderten Gesetzgebung in Bezug auf Cannabis wurde vielfach darauf hingewiesen, dass eine einzigartige Chance besteht, die Auswirkungen des Gesetzes auf Konsumverhalten und Konsumfolgen wissenschaftlich zu untersuchen. Die Evaluierung dieser weitreichenden Neuausrichtung in der Suchtpolitik sollte umfassend und sorgfältig durchgeführt werden, um der Sucht- und Drogenpolitik Handlungssicherheit bei künftigen Entscheidungen zu ermöglichen. Diese wichtigen Erkenntnisse zu generieren bedarf einer entsprechenden Ausstattung der Untersuchung medizinischer, psychosozialer gesellschaftlicher Auswirkungen von politischen Entscheidungen. Das gilt insbesondere auch deshalb, weil die Justiz mit der veränderten Gesetzgebung in Bezug auf Cannabis sowohl im Rahmen der Rechtsprechung als auch der Vollstreckung noch keinen Leitfadens zur Verfügung hat und deshalb die Evaluierung und neue Ausrichtung der Suchtpolitik auch für Jurist:innen von Interesse sein kann.

Die Mitglieder der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) sowie das wissenschaftliche Kuratorium der DHS möchten die Bedeutung der Stärkung von Sucht- und Therapieforschung hervorheben. Die gewonnenen Erkenntnisse einer Vielzahl von Disziplinen (u.a. Medizin, Psychologie, Soziale Arbeit, Epidemiologie, Neurologie, Pharmakologie, Public Health und Gesundheitsökonomie) ermöglichen der Politik wissenschaftsbasiertes Handeln sowie eine wirksame Vorbeugung von Suchterkrankungen und eine optimierte Versorgung von Betroffenen.

Die derzeitige Forschung über das Zentrum für Psychische Gesundheit, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Ressortforschung des Bundesministeriums für Gesundheit decken die genannten Bereiche nicht ausreichend ab, was auch durch die jeweiligen Ausrichtungen der jeweiligen Förderer mitbegründet ist. Die Schwerpunktforschung des BMBF in Bezug auf Suchterkrankungen hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt und bei deren Fortfall eine Lücke hinterlassen.

Insbesondere bei Fragen der Erreichung der bekanntermaßen großen Anzahl unbehandelter Suchtpatient:innen einschließlich der Einbeziehung ihrer Angehörigen sowie bei neuen und aktuellen Entwicklungen von Störungen zeigt sich ein deutlicher Handlungsbedarf in Bezug auf Prävention und Behandlung.

Gerne stehen wir für Gespräche zur Verfügung und unterstützen das Bundesministerium für Bildung und Forschung bei der Identifizierung von Forschungsbedarf, Planung der Förderung oder dem Ausbau von Kontakten und Netzwerken zur Verbesserung der Forschungslandschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Hans-Jürgen Rumpf
Sprecher
Wissenschaftliches Kuratorium

Christina Rummel
Geschäftsführerin DHS e.V.

Dr. Peter Raiser
Geschäftsführer DHS e.V.

Hamm 12.09.2024